

Offener Brief – Menschenrechte schützen!

Menschenrechte schützen, humane Migrationspolitik verteidigen, menschenverachtende Asylpolitik stoppen!

Der Kreisverband Pankow Bündnis90/ GRÜNEN beschließt, den Offenen Brief "**Humanität und Menschenrechte - Asylrecht schützen!**" (<https://geas.antragsgruen.de/GEAS/motion/65714>) zu unterstützen und lehnt den im europäischen Trilog ausgehandelten "Kompromiss" zur Reform des "Gemeinsamen europäischen Asylsystems" (kurz: GEAS) ab.

Zentrale Punkte des GEAS-Gesetzespaketes würden das individuelle Asylrecht und Grundrechte massiv einschränken und beispielsweise zu Haftlagern an den europäischen Außengrenzen führen, welche wir als Partei seit Jahren entschieden ablehnen. Auch besonders schutzbedürftige Personen, Kinder und Familien, wären von Inhaftierungen betroffen.

Als Partei, welche sich auf die Menschenrechte beruft und für welche die Rechte von Schutzsuchenden zu unseren Kernanliegen gehören, können wir diese weitreichende Asylrechtsverschärfung nicht unterstützen und stellen uns geschlossen hinter die Expert*innen aus der Migrationswissenschaft, unsere Verbündeten in der Zivilgesellschaft und hinter unsere zahlreichen Basismitglieder, die sich Tag für Tag für Aufnahme und Integration einsetzen.

Damit stehen wir zu unseren Grünen Grundwerten, sowie zu unserer Beschlusslage:

- auf Bundesebene, wie im offenen Brief (<https://geas.antragsgruen.de/GEAS/motion/65714>) ausführlich ausgeführt,
- auf Landesebene, wo der LA Berlin: https://gruene.berlin/beschluesse/sicherer-hafen-berlin-zugangswege-ermoeglichen-asylrecht-bewahren_3222
- im unserem Bezirkswahlprogramm: „Pankow soll ein sicherer Hafen für Schutzsuchende sein. Deshalb setzen wir uns in kommunalen Bündnissen für die Aufnahme geflüchteter Menschen ein. Wir sind bereit, mehr Personen aufzunehmen als gesetzlich vorgeschrieben, nicht zuletzt auch aus Lagern mit katastrophalen Lebensbedingungen.“ (<https://gruene-pankow.de/bezirkswahlprogramm/#kapitel15>)

Diese Achtung unserer Beschlusslage und Rückkehr zu Grünen Grundwerten erwarten wir von der gesamten Partei, insbesondere dem Bundesvorstand, den Grünen Minister*innen und Abgeordneten.

Denn noch immer gilt: Weitere Asylrechtsverschärfungen lösen kein Problem, stattdessen brauchen wir bessere Bedingungen für Geflüchtete und mehr europäische Solidarität statt Abschottung.

Begründung:

Offener Brief "**Humanität und Menschenrechte - Asylrecht schützen!**":
<https://geas.antragsgruen.de/GEAS/motion/65714>

Den offenen Brief haben mittlerweile mehr als 500 Grüne und mehrere KVen unterzeichnet.

Anlage

Offener Brief

Offener Brief – Menschenrechte schützen!

Liebe Annalena, lieber Robert, liebe Lisa, liebe Ricarda, lieber Omid, liebe Britta, liebe Katharina, lieber Bundesvorstand und liebe Bundestagsfraktion,

bereits jetzt zeichnet sich ab, dass wir den heutigen Tag als “historisch” erinnern werden. Ein historischer Moment der Absage an universell geltende Menschenrechte. Diese Absage bedeutet die Entrechtung von in Europa schutzsuchenden Menschen. Eine Entrechtung, die keinesfalls die “Ordnung” und “Entlastung” bringt, die in zahlreichen Statements suggeriert werden. Eine Entrechtung, die zeigt, dass die Europäische Union aus den dramatischen Bildern aus Moria, dem Massensterben auf dem Mittelmeer und unmenschlichen Praktiken in Ländern wie Libyen nichts gelernt hat – oder nichts lernen will.

Als Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen haben wir eine rechtsstaatliche, menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Asylpolitik immer in den Mittelpunkt gestellt – aus unserer historischen Verantwortung heraus. Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir uns auch auf der vergangenen Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) im Europawahlprogramm klar gegen die Entrechtung von Geflüchteten ausgesprochen: „Wir setzen uns dagegen ein, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von Flüchtlingsrechten wird.“ Stattdessen „treten [wir] für einen rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden in Europa ein.“ In Karlsruhe gab es auch das klare Signal aus der Mitte unserer Partei, dass der aktuelle Kurs der Bundesregierung nicht mit den Positionen und Beschlüssen von Bündnis 90/Die Grünen vereinbar ist.

Zwischen der heutigen Einigung im GEAS-Trilog und unserer Parteipositionierung auf der BDK liegen erst wenige Wochen. Unsere Glaubwürdigkeit als Partei steht seit heute endgültig am Scheideweg. “Bauchschmerzen” und “schmerzhafte Kompromisse” gehören zur Politik dazu. In euren heutigen Statements stellt ihr richtigerweise Punkte heraus, für die wir als Partei immer gekämpft haben, die mit dieser Reform aber nicht erfüllt werden. Wir wissen um die schwierige Lage in einem europäischen Diskurs, in dem es aktuell keine Mehrheiten für eine progressive Migrations- und Asylpolitik gibt. Aber: Drastische Zugeständnisse führen nicht zu einem Ende des Verschärfungsdiskurses, sondern sind der Rückenwind für jene, die den Flüchtlingsschutz in Europa gänzlich abschaffen wollen.

Wir als Partei haben eine Regierungsbeteiligung immer als Mittel verstanden, es anders zu machen und nicht aus einem reinen “Sachzwang” heraus zu agieren, sondern inhaltlich und wertebasiert. Wenn wir für unsere schmerzhaften Zugeständnisse nichts bekommen und daraus keine Konsequenzen im Abstimmungsverhalten folgen, verlieren wir – zu Recht – das Vertrauen unserer Bündnispartner*innen. Ein Vertrauen, das nicht erst jetzt bröckelt, sondern das durch die letzten Monate bereits massiv geschwächt worden ist. Vertrauen von denen, die mit uns Seite an Seite dafür gekämpft haben, dass es in diesem Land immer eine laute Stimme gegen die populistischen, hetzerischen Verschärfungs-Diskurse gab. Sie fühlen sich – auch das zu Recht – im Stich gelassen.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz hat die Mehrheit der Partei euch einen Handlungsspielraum gegeben, auf europäischer Ebene weiter zu verhandeln. Jedoch nicht ohne eine klare Richtschnur, wo wir stehen. In vielen parteiinternen Verhandlungsrunden wurden unsere Ansprüche an ein europäisches Asylsystem formuliert, das sowohl Rechtsstaatlichkeit als auch Humanität stärkt. Das Ergebnis, das uns heute Morgen erreicht hat, bewegt sich jedoch weit außerhalb dieses Handlungsspielraums. Auch wenn gegenwärtig noch nicht alle Details bekannt sind, gibt es

Offener Brief – Menschenrechte schützen!

zentrale Punkte, die das individuelle Asylrecht und Grundrechte massiv einschränken. Das betrifft die (de-facto-) Inhaftierung an den Außengrenzen und weitere Punkte der Asylverfahrensverordnung, die Screening-Verordnung, die Krisen-Verordnung sowie die Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung. Ein europäisches Asylsystem, das folgende Widersprüche zu unserer Beschlusslage (Europawahlprogramm) aufweist, darf keinesfalls die Zustimmung Grüner Regierungsmitglieder erfahren:

Grüne Beschlusslage Screening-Verordnung und EURODAC

„Wir setzen uns gegen das sogenannte Screening innerhalb des Hoheitsgebiets ein. Eine Registrierung von Minderjährigen darf nicht zur Verletzung der Kinderrechte führen.“

„Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und politisch konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen außerdem die EU Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen. Dabei soll ein unabhängiges Monitoring mit Ermittlungsbefugnissen an den Außengrenzen ermöglicht werden.“

Ergebnis Trilogverhandlungen:

- Verpflichtendes Screening innerhalb des Hoheitsgebiets, das unter haftähnlichen Bedingungen innerhalb von sieben Tagen durchgeführt wird. Ein Rechtsbehelf gegen das Screening oder das Screening-Ergebnis ist nicht vorgesehen.
- Das Menschenrechts-Monitoring darf nicht an den gesamten Außengrenzen stattfinden und ist damit kein wirksames Instrument, um Push-Backs zu beenden.

Grüne Beschlusslage Asylverfahrensverordnung (AVVO/APR)

“Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden. Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weitere große Haftlager wie Moria an den Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen.“

“Kinder müssen kindergerecht untergebracht und versorgt werden, dies gilt in Deutschland ebenso wie an den Europäischen Außengrenzen für alle Kinder. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt uneingeschränkt auch für geflüchtete Kinder, egal, wo sie sich befinden. Menschen dürfen nicht einfach inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Familien mit Kindern sollten grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden.“

“Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie die UN-Flüchtlingskonvention, einhält.“

Offener Brief – Menschenrechte schützen!

Ergebnis Trilogverhandlungen:

- Es gibt keine generelle Ausnahme von Kindern oder vulnerablen Gruppen.
- Verpflichtende Grenzverfahren von Personen aus Ländern mit <20% Anerkennungsquote.
- In den Grenzverfahren können keine rechtlich gesicherten, humanitären Mindeststandards sichergestellt werden.
- Auch Familien, Kinder und Personen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan können in Grenzverfahren genommen werden.
- Klagen gegen Rückführungen haben keine aufschiebende Wirkung.
- Die Genfer Flüchtlingskonvention ist nicht mehr zwangsläufig Grundlage für die Einstufung von sicheren Drittstaaten, durch die massive Ausweitung der Sicheren Staatenkonzepte. Auch Teilgebiete von Staaten können als sicher eingestuft werden.

Grüne Beschlusslage Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung (AMMVO)

„Unser Ziel ist ein verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf dem Weg dorthin soll ein dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus die Verteilung maßgeblich verbessern.“

„Um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation.“

„Das Dublin-System ist ungerecht und wird den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.“

"Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums."

Ergebnis Trilogverhandlungen:

- Statt einer verbindlichen Verteilung gibt es einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus, bei dem auch Zahlungen für den Grenzschutz und an Drittstaaten möglich sind.
- Die Fristen für das Dublin-System werden massiv ausgeweitet, statt reformiert. Die neuen Vorgaben schränken Menschen- und Grundrechte ein.
- Ausschluss von Sozialleistungen für Menschen, die in einen anderen Mitgliedsstaat weiterziehen.

Offener Brief – Menschenrechte schützen!

Grüne Beschlusslage Krisenverordnung

„Der Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen wir uns entgegen.“

Ergebnis Trilogverhandlungen:

- Das Konzept der Instrumentalisierung von Schutzsuchenden ist Teil der Krisenverordnung.
- Ermöglicht Ausnahmen von GEAS in Krisensituationen. Die Definition einer Krise ist nicht eindeutig. Bei Aktivierung ist es möglich, dass ALLE Menschen zwangsläufig in Grenzverfahren müssen.
- Die Zustimmung des Parlaments wird nicht benötigt, damit wird dem Missbrauch der Krisenverordnung nicht vorgebeugt.

Es ist absolut unverständlich, dass die Bundesregierung und damit die grünen Regierungsmitglieder einer Europäischen Asylreform zustimmen, die solch eklatante Einschränkungen einer wichtigen Lehre aus dem Nationalsozialismus zur Folge hat: dem individuellen Recht auf Asyl. Mit dieser Entscheidung stellt ihr euch klar gegen die Positionierung der Grünen Fraktion im Europaparlament.

Als Partei haben wir auch beschlossen, dass wir “unsere jeweiligen Positionierungen zu den Rechtsakten davon abhängig machen, ob unter dem Strich Verbesserungen in der Europäischen Asylpolitik und auch für Europa stehen.”

Deshalb fragen wir euch konkret: Was rechtfertigt eure Zustimmung entgegen jeglicher Parteibeschlüsse?

Unterstützer*innen:

Klemens Griesehop

Clara-Sophie Schrader